Von: Th Budich
An: buero.andre.schaller@mdl.brandenburg.de ; buero.ilona.nicklisch@mdl.brandenburg.de; buero@tina-fischer.de; christine.wernicke@web.de ; Daniel.Luetzow@afd-fraktion.brandenburg.de; dietmar.woidke@stk.brandenburg.de ; Erik.Stohn@spd-fraktion.brandenburg.de; fabian.jahoda@fdp-brandenburg.de; felix.teichner@afd-fraktion.brandenburg.de; gordon.hoffmann@cdu-brandenburg.de; info@afd-bm.de; info@afd-los.de; info@danny-eichelbaum.de; info@lena-duggen.de; info@petervida.de ; ingo.senftleben@cdu-fraktion.brandenburg.de; innenausschuss@landtag.brandenburg.de ; kontakt@afd-ffo.de; kontakt@afd-spn.de; Kontakt@Philip-Zeschmann.de; lars.guenther@afd-fraktion.brandenburg.de; lars.huenich@afd-fraktion.brandenburg.de; Lars.Schieske@afd-fraktion.brandenburg.de; Marie.Schaeffer@gruene-fraktion.brandenburg.de; michael.hanko@afd-fraktion.brandenburg.de; michael.schierack@cdu-fraktion.brandenburg.de; Michael.Stuebgen@mik.brandenburg.de ; peter.drenske@afd-fraktion.brandenburg.de; post@jan-redmann.de; poststelle@stk.brandenburg.de ; Rechtsausschuss@landtag.brandenburg.de ; rolf-peter.hooge@afd-fraktion.brandenburg.de; roswitha.schier@cdu-fraktion.brandenburg.de; Sabine.Barthel@afd-fraktion.brandenburg.de; Susanne.Hoffmann@mdj.brandenburg.de ; wahlkreis@barbararichstein.de; wolfgang.roick@spd-fraktion.brandenburg.de
Datum: So, 13. Aug 2023 18.25 Uhr
Betreff: LT: Justizunrecht betreffende Anfrage an Landtag Brandenburg-Potsdam:

an:
Landtag Brandenburg in Potsdam
und Parteien / LT Fraktionen
und Vertreter des Unrechts

von:
Thomas Budich, Spreewälder,
Ingenieur, Justizopfer,
Lübben: 13.08.2023

Anfrage an Landtag, meine Bitte für eine "kleine Anfrage"
* der gesetzliche Richter in der brandenburger und BRD Justiz *

Sehr geehrte Damen und Herren.

Ich erwarte eine Eingangsbestätigung hierzu.

Tatsache.1: Justiz handelt regulär gegen Grundrechte

Tatsache.2: Einige unter ihnen (besonders im Dunst der "woken" Regierungstruppe) sind selbst Rechtsbeuger und daher Verbrecher und Verbrecherinnen.

Frage.1: Wie erkennt ein Gerichtsverfahrensbeteiligter das der-die-das-Robenträger welche, mindestens implizit, behaupten Richter zu sein das es der grundgesetzlich vorgeschriebene gesetzliche Richter ist?

Frage.2: Warum verweigern nahezu alle^1 (angeblichen) Richter das Grund- und Verfassungsrecht auf den gesetzlichen Richter?

Feststellung: Wenn ein Gerichtsverfahren-Beteiligter beantragt das der Robenträger, welcher behauptet Richter zu sein, pflichtgemäß seine Eigenschaft als gesetzlicher Richter nachweist, wird dieser Nachweis regelmäßig rechtswidrig verweigert. Dabei handelt es sich um systematische Verbrechen seitens der Justiz / "Richter".

Erläuterungen:

Das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Brandenburg regeln grundsätzliche, immer durch Behörden und Justiz anzuwendende Rechtsverhältnisse zwischen Staat (Behörden, Justiz, Polizei) und Bürger (Staatsbürger). Ich bin ein Bürger und sie sowie die kritisierten bzw. mit Rechtsmittel (RM) angegriffenen sind staatliche Stellen.

Sobald ein Richter gegen einen Bürger ein Verfahren eröffnet oder sonstig agiert muß dieser (angebliche) Richter die Rechtsgrundsätze beachten und einhalten.
Grundgesetz Art. 20 Abs. 3 GG:
"Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden."

Gerichtsverfassungsgesetz GVG § 16
Ausnahmegerichte sind unstatthaft.
Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

Amtspflicht Richterpflicht: DRiG § 38 Abs. 1: Richtereid:
"Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen."
(pure Theorie welche in der Praxis kaum zu finden ist)

Verlangt ein Verfahrensteilnehmer, insbesondere Jemand der zu Unrecht beschuldigt wird, bspw. ich als Journalist der durch eine Gesinnungsjustiz durch Wessis und DDR-SED/Stasi-Richter und lügende stehlende Finanzbeamte und kriminelle GRÜNE oder beleidigende dumme SPD-Kader terrorisiert wird, den Nachweis des Status gesetzlicher Richter und somit die Erfüllung seines Rechtes aus Art.101 GG und Verf.Bbg Art.52, so ist ihm dieses Recht zu gewähren.

Dies muß so erfolgen das die Identität und Zuständigkeit der (natürlichen) Person, die angeblich Richter ist, dem Antragsteller/Beschuldigten rechtsverbindlich nachzuweisen ist.

Dies muß, und kann nur so, realisiert werden durch:
+ Vorlage/Übermittlung des Geschäftsverteilungsplan GVP in rechtsverbindlicher Form
+ vornamenlose Pseudonyme wie "Richter Lehmann" oder "Richterin Suffa"/"Schäffer" sind NICHT-ausreichend, daher muß die Amtsperson immer mit mindestens ein Vorname und ein Nachname bezeichnet werden. Für den Fall einer Gerichtsverhandlung muß der vermeintliche Richter mittels Lichtbild und Ausweisvorlage identifiziert werden.
+Nachweis der Ernennung zum Richter durch Vorlage, Übermittlung oder frei zugängliche Veröffentlichung der Richterernennungsurkunde.
+Nachweis der Eignung zum Richteramt, bspw. durch Vorlage/Veröffentlichung der entsprechenden Urkunde/Zeugnis der Bildungsstätte. S.a. Hochstaplerinnen der asozial-antidemokratischen-SPD, DRiG: § 5 Befähigung zum Richteramt, Deutsches Richtergesetz § 17).
+werden Originaldokumente vorgelegt so ist dem Interessenten zu gestatten eine Kopie anzufertigen oder ihm eine (beglaubigte) Abschrift auszureichen.

Wie sonst kann ein Bürger prüfen ob die behauptete "Richter"-Person die Behauptete ist?
Wie sonst kann ein Bürger prüfen ob die behauptete "Richter"-Person sein gesetzlicher - und nicht illegaler Willkür - Richter ist?
Gar nicht.
Deshalb ist "euer" Staat und ggf. eure betreffenden Kader Antidemokraten bis Verbrecher (auch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention!).

Eine Verweigerung der Grundrechtserfüllung und Richteridentifizierung ist eine vorsätzliche und kriminelle Handlung und durch Nichts begründbar. Solches begründet sogar den Verdacht weiterer strafbarer Handlungen wie Amtsanmaßung StGB 132 oder § 132a Mißbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen oder Rechtsbeugung durch den angeblichen Richter.

Genau solche Willkür und Rechtsbeugung habe ich oft von Amtsgerichte, Landgericht, Oberlandesgericht, Finanzgericht, Verwaltungsgericht und sogar dem sogenannten Verfassungsgericht (das sind die schlimmsten Verbrecher weil diese so unsere Verfassung vergewaltigen) erfahren.

Die Wahrnehmung der Grundrechte ist niemals "mißbräuchlich" (wird oft von regierungs-system-Justiz"Richter" behauptet, s.a. CoronaFaschismus-Politik der Regierung).
Das wäre ja so als wenn "Richter" Jeden nach belieben "im Namen des Volkes" ohne Verfahren erschießen dürften. Genau nach diesem GeStaPo+Stasi-Prinzip agieren leider viele Robenträger.
Dabei werden diese durch ihre Verbrecherkollegen und volksfeindliche Rechtsbrecher-Regierung unterstützt.

Wird die Grundrechtserfüllung nicht erledigt so liegt ein Grundrechtsverstoß seitens der angeblichen Richter und Gerichtsverwaltung vor, es handelt sich dann um illegales Handeln (durch Unterlassen) und um einen NichtRichter und ein verfassungswidrig operierendes Standgericht. Solche "Richter" sind dann Verbrecher da diese Rechtsbeugung (StGB § 339) getätigt haben und dieses mit mindestens 1 Jahr

Haft gegen den jeweiligen Robenträger bestraft werden muß. So stehts jedenfalls im Strafgesetzbuch.

Ein Verstoß gegen v.g. RechtsAnsprüche liegt nicht-erst-dann vor wenn der angebliche Richter einen Beschluss oder ein Urteil "gefällt" hat, sondern bereits in dem Moment der erkennbaren Verweigerung des verlangten Grundrechts oder einer durch das Gericht/den "Richter" veranlassten Maßnahme gegen den Bürger, bspw. durch Vollstreckungsmaßnahmen.
Daher muß der durch die "Justiz" Geschädigte (in seinen Rechten verletzte Staatsbürger) nicht erst warten bis ein Unrechtsurteil oder rechtswidriges weiteres Verfahren seinen Lauf nimmt oder genommen hat.

Ebenso muß der Geschädigte keine, in der brandenburger SPD-CDU-Grüne-Sozialismus UnrechtsPraxis leider erfolglose, Rechtsmittel an den sogenannten Ordentlichen-Gerichten (die ihm ja idR geschädigt haben und somit befangen und kriminell sind) einlegen, sondern hat sofort das Recht Verfassungsbeschwerde einzulegen.
Wird eine solche Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen oder unter Anwendung von Justiz-Lügen/Ausflüchten abgewimmelt so handelt es sich um schwerkriminelle Rechtsbeugung durch die "Verfassungsrichter" bzw. vorgeschalteten Justizkader.
(leider normal im Land Brandenburg das das VerfG Verbrechen verübt)

> GG Art.19 (2) In keinem Falle darf ein Grundrecht
> in seinen Wesensgehalt angetastet werden.

Das Land Brandenburg oder gar die BRD wären dann eben Kein-sozial-demokratischer Rechtstaat (GG Art.20(1)) sondern ein Unrechtsstaat wie die Mielke-DDR oder Hitlers Nazi-Deutschland. Wollen Sie ein Element einer UnrechtsDiktatur sein oder sich an geltendes Recht halten und unsere theoretische FDGO durchsetzen/gewährleisten?

Wird das Verlangen des Bürgers auf Nachweis des gesetzlichen Richters durch die jeweilige Gerichtsverwaltung (Justizverwaltung, behördliche Tätigkeit) abschlägig beschieden, was auch durch Nichtstun geschehen kann, "so ist der Verwaltungsgerichtsweg eröffnet".
(Der dann ebenso durch Verbrecher in Robe kollegial mittels Rechtsbeugung gegen den Bürger entschieden werden wird,
eben Bananenstaat-Deutschland)

Rechtsgrundlagen:

kriminell: Duden:
- -zu strafbaren, verbrecherischen Handlungen neigend
- -eine strafbare, verbrecherische Handlung darstellend

! umgangssprachlich: sich an der Grenze des Erlaubten bewegend; unverantwortlich, schlimm; rücksichtslos

Duden: Verbrechen:
- -schwere Straftat
- -verabscheuenswürdige Untat; verwerfliche, verantwortungslose Handlung
- -Kriminalität

Vergehen
- -gegen ein Gesetz, eine Norm o.Ä. verstoßen
- -an etwas eine unerlaubte, strafbare Handlung vornehmen; einer Sache Schaden zufügen
- -jemandem Gewalt antun

Strafgesetzbuch StGB der BRD: § 12:
(1) Verbrechen sind rechtswidrige Taten, die im Mindestmaß mit Freiheitsstrafe von einem Jahr oder darüber bedroht sind.
(2) Vergehen sind rechtswidrige Taten, die im Mindestmaß mit einer geringeren Freiheitsstrafe oder die mit Geldstrafe bedroht sind.
(3) Schärfungen oder Milderungen, ... bleiben für die Einteilung außer Betracht.

gesetzlicher Richter:
- + Grundgesetz der BRD, GG Art. 101
- + Verf.Bbg Landesverfassung Brandenburg Art. 52

Verwaltung an Recht gebunden, Rechtsgrundsätze beachten und einhalten:
- + Grundgesetz Art. 20 Abs. 3:
  Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

Amtspflicht:
+ GG Art. 19 (4): Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen.
(was nur durch den nachgewiesenen gesetzlichen Richter erfolgen kann)
+ DRiG § 38 Abs. 1

Rechtsbeugung: StGB § 339:
Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren
! -also ein Verbrechen(1)-
falsche eidesstattliche Versicherung/"Meineid": bis zu 3 Jahre oder mit Geldstrafe
Prozeßbetrug: Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahre oder mit Geldstrafe
Urkundenfälschung: Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft

Fußnoten:
^1 Betrifft alle angeblichen Richter mit denen ich/TB zu tun hatte und Antrag auf Gewähr des thematisierten Grundrechtes gestellt habe. Keiner hat mir dieses (und andere Grundrechte) gewährt. Diese sind daher nicht nur arrogant sondern laut Rechtsordnung Verbrecher.

Warum werden Richter welche Verbrecher sind, nicht der gebührenden Strafverfolgung unterzogen?
Weil die BRD und das bunte-Woidke-cdu-grüne-stasi-Brandenburg ein Unrechtsstaat von Verbrechern sind.

--
Mit freundlichen Grüßen Dipl.-Ing.(FH) Thomas Budich
Spreestr.38 15907 Lübben https://budich.org/login.ssi